

21.08.2024

Schriftliche Anfrage

von Emanuel Tschannen (FDP) und Sebastian Vogel (FDP)

Die Schweiz hat das Übereinkommen von Paris am 6. Oktober 2017 ratifiziert. Sie ist damit ein Reduktionsziel von minus 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 eingegangen, unter teilweiser Verwendung von ausländischen Emissionsminderungen. Die Schweiz hat zudem angekündigt, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null zu senken. Für schwer vermeidbare Emissionen sieht die langfristige Klimastrategie des Bundesrates und sein Bericht den Einsatz von CO2-Abscheidung und Speicherung (CCS) und Negativemissionstechnologien (NET) vor.

Die Stadt Zürich will Netto-Null auf Stadtgebiet bereits 2040 erreichen. Sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem eigenen Einflussbereich will die Stadt bereits bis 2035 umsetzen. Ausgenommen ist der Bereich der Wärmeversorgung, für welchen das Zieljahr 2040 gilt. Die Zürcher Stimmbevölkerung hat den städtischen Klimaschutzzielen 2022 mit einer Mehrheit von 75 Prozent zugestimmt. Diese vermitteln keine durchsetzbaren Rechtsansprüche und legen die Art der Erreichung der formulierten Ziele nicht fest. Für die Erfüllung der allgemein formulierten Aufträge sind konkrete Umsetzungsbeschlüsse der zuständigen Organe, namentlich der Stimmberechtigten und des Gemeinderats, notwendig.

Prognosen, auch die des Bundes, sind naturgemäss selten exakt. Daher sind Prognosen und die daraus abgeleiteten Massnahmen regelmässig zu verifizieren und zu aktualisieren. Das gilt auch für die langfristigen Klimastrategie 2050 des Bundes vom 27. Januar 2021. Konkret stellt sich die Frage, ob die finanzpolitischen Annahmen betreffend Investitions- und Betriebskosten sowie Finanzierung der Klimastrategie auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene, nach wie vor zutreffen. Weiter stellt sich die Frage, ob die zur Erreichung der gesetzten Emissionsziele erforderlichen Technologien aus heutiger Sicht rechtzeitig marktreif und zu vernünftigen Kosten zur Verfügung stehen werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Sind die dem Souverän im Vorfeld der städtischen Abstimmung zur Verankerung der Klimaschutzziele in der Gemeindeordnung vorgelegten Daten und Annahmen unverändert gültig?
- 2. Falls nein (Frage 1), welche Daten und Annahmen waren aus heutiger Sicht unzutreffend und wie lauten die korrigierten Daten und Annahmen?
- 3. Geht der Stadtrat davon aus, dass die für die Umsetzung der Klimastrategie bzw. von Netto-Null bis 2035 bzw. 2040 erforderlichen Technologien (insbesondere CCS und NET) rechtzeitig und zu vernünftigen Kosten marktreif zur Verfügung stehen werden?
- 4. Falls ja (Frage 3), auf welchen Daten und Zusagen basiert diese Annahme?
- 5. Um Netto-Null zu erreichen, muss die Stadt Zürich zwingend CO2 ausscheiden und speichern (CCS). Wie viele Tonnen CO2 sind der Umwelt in den Jahren 2035, 2040 und 2050 aus heutiger Sicht voraussichtlich zu entziehen, damit das Netto-Null Ziel erreicht werden kann?
- 6. Wie viele Offerten sind im Rahmen der Submission für den Pilotversuch der CO2-Auscheidung im Werdhölzli (Geschäft 2024/12) eingegangen?

- 7. Wie hoch sind die Kosten, die der Stadt Zürich durch CCS bis 2050 pro Jahr und insgesamt anfallen, wenn das Netto-Null Ziel erreicht werden soll (bitte Investitions- und Betriebskosten separat ausweisen)?
- 8. Welche Kosten fallen im Zusammenhang mit der geplanten Reduktion der direkten CO2-Emissionen im Bereich der Wärmeversorgung bis 2040 an?
- 9. Welche Kosten prognostiziert die Stadt Zürich für die energetische Sanierung ihrer Liegenschaften bis 2035?
- 10. Welche zusätzlichen, in den Fragen 7, 8 und 9 nicht thematisierten Kosten prognostiziert die Stadt Zürich für die Erreichung der Netto-Null Zielsetzung bis 2035, 2040 und 2050 insgesamt?
- 11. Wie hoch sind aus heutiger Sicht die kumulierten Kosten (Investitionen und Betriebskosten) der öffentlichen Hand für den energetischen Umbau der Stadt Zürich zur Erreichung der Netto-Null Zielsetzung bis 2050 pro Jahr und insgesamt?
- 12. Welche zusätzlichen Kosten (vgl. Frage 11) entstehen aus heutiger Sicht privaten Haushalten, Unternehmungen und Hauseigentümern im Rahmen der Umsetzung der Netto-Null Zielsetzung?